



Versprechen gebrochen!

SVP und FDP wollen den Versicherten der kantonalen Pensionskasse hohe Renteneinbussen aufbürden. Politische Versprechen kümmern sie wenig!

Zu früh gefreut – Kantonspersonal weiter unter Druck! (S.2)

Affront der Finanzkommission gegenüber dem Staatspersonal (S.3)

Vertrauensarbeitszeit für das Staatspersonal im Kt. St.Gallen (S.4)

Spital Heiden – Endlich Sicherheit schaffen! (S.5)

Altersvorsorge 2020 (S.6)

1. Mai Feiern in der Ostschweiz (S.7)

Es kommt Bewegung in den Sozialbereich vpod Ostschweiz (S.8)

Referat zur Altersvorsorge 2020:
26. April, 20 Uhr, mit Claudia Friedl
Nationalrätin SP und VPOD Mitglied

Zu früh gefreut – Kantonspersonal weiter unter Druck!



Von *Monika Simmler*

Aufgaben- und Finanzplan 2018-2020: Wieder einmal nichts zu lachen für das St. Galler Staatspersonal

Nach den drei Sparpaketen der letzten Jahre im Kanton St. Gallen müsste man sich ja beinahe freuen, dass es sich beim neuen Aufgaben- und Finanzplan, welcher der Kantonsrat in der Februarsession verabschiedet hat, nur um eine «Haushaltskonsolidierung» handelt. Aufgrund einer (zu) restriktiven Budgetierung und entsprechenden jährlichen Abschlüssen über Budget sei dies nun möglich. Ein genauer Blick auf die Beschlüsse von Regierung und Rat zeigt dann aber schnell, dass diese Finanzplanung ein weiterer Affront gegenüber den Kantonsangestellten ist und wenig Anlass zur Freude bietet.

Wie immer drehte sich die Diskussion um den Aufgaben- und Finanzplan angesichts der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Kanton zur Hauptsache um den Personal-

aufwand, welcher von nun an «global» gesteuert und plafoniert werden soll. Der Personalaufwand soll ab 2018 mittels sogenannter «Konzern-Steuerung» weiter optimiert werden, d.h. es wird grundsätzlich ein Sockelpersonalaufwand plus eine jährliche Pauschale für Lohnwachstum in Prozenten dieses Sockels vorgesehen. Diese Wachstumspauschale könne – so der bereits zurückhaltende Vorschlag der Regierung – jährlich aber nur um 0.8% ansteigen. Dies war dem Kantonsrat allerdings immer noch zu viel und er halbierte diesen Spielraum auf 0.4%. Faktisch heisst das für das Budget des Personals: Eingerechnet sind damit Stufenanstiege und Beförderungen im Umfang von 0,4%. Neue Aufgaben können nicht übernommen werden oder sie müssen ohne Stellenaufstockungen erledigt werden. Der zuständige Regierungsrat nannte das zu Recht einen «Stellenstopp». Dies, wohlgemerkt, nachdem die öffentlichen Angestellten bereits in den drei Sparpaketen einen ordentlichen Beitrag leisten mussten. Wenn die Bürgerlichen dabei noch allen Ernstes behaupten, es handle sich nicht um einen Abbau, ignorieren sie die Tatsache, dass der jahrelange Verzicht auf eine Lohnentwicklung bei gleichzeitig wachsenden Aufgabenkatalogen nichts anderes ist als Staatsabbau – und zwar auf Kosten des Personals.

Der Versuch der Ratsminderheit, sich gegen diesen Vorschlag zu wehren und mindestens dem Vorschlag der Regierung zu folgen, fand keine Mehrheit. Der Antrag der SP/Grünen-Fraktion, die Löhne 2018 und

2019 generell um je 0.5% zu erhöhen, um den steigenden Lebenshaltungskosten gerecht zu werden und der Tatsache entgegenzuwirken, dass beim Kanton seit rund 10 Jahren keine Lohnentwicklung mehr stattgefunden hat, blieb ebenso chancenlos. Die Vertreter von SVP, FDP und CVP scheinen sich darum aber wenig zu kümmern. Anstatt für einen attraktiven Kanton für alle, oder – in der gleichen Session beispielsweise – für eine Erhöhung der Kinderzulagen einzustehen, kämpfen sie lieber munter weiter dafür, dass für ihr Klientel – Konzerne und Vermögende – die Rahmenbedingungen optimiert werden. Leider haben sie aus dem deutlichen USR III-Nein keine Lehren gezogen so zum Beispiel, dass Staatsabbau um jeden Preis und zugunsten einiger Privilegierter nicht mehr mehrheitsfähig ist. Weitere Denkmäler müssen folgen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Beschlüsse für das Personal konkret auswirken werden. Klar ist aber schon jetzt: Für die Angestellten des Kantons St. Gallen wird es wohl einmal mehr nichts zu lachen geben.

Affront der Finanzkommission gegenüber dem Staatspersonal

SVP und FDP wollen den Versicherten der kantonalen Pensionskasse hohe Renteneinbussen aufbürden. Politische Versprechen kümmern sie wenig.

Schon seit Monaten liegt der Antrag der St.Galler Regierung auf den Tischen des Kantonsrats, 200 Mio. Franken in die Pensionskasse des Staatspersonals einzuschüssen. Damit soll ein vor über drei Jahren abgegebenes Versprechen eingelöst werden. Doch das Geschäft wird in der Februarsession einmal mehr nicht behandelt und zum zweiten Mal auf die lange Bank geschoben.

Versicherte zahlen mehr

Darum geht es: Alle Pensionskassen kommen wegen der tiefen Zinsen und der fehlenden Erträge aus den Kapitalanlagen unter Druck. So auch die Pensionskasse des St.Galler Staatspersonals und der Lehrkräfte, die Anfang 2014 verselbstständigt wurde. Schon damals war klar, dass die Kasse saniert werden muss. Der Kanton hat inzwischen einen Teil seiner Gelder eingeschossen. Die Versicherten nehmen Leistungskürzungen hin und zahlen noch bis Ende 2018 ein zusätzliches Lohnprozent, insgesamt einen Beitrag von 184 Mio. Franken an die Ausfinanzierung ein. Falls das nicht reiche, werde der Kanton aus der Staatskasse weitere 200 Mio. Franken einschüssen, versprach die Regierung. Das Parlament opponierte nicht.

Die Regierung will sich nun angesichts des zu tiefen Deckungsgra-

des der Kasse an das Versprechen halten. Sie wollte das Geld schon Ende des letzten Jahres bereitstellen. Doch die Finanzkommission verschob das Geschäft auf die Februarsession – und zögerte es nach ihrer Sitzung von Mitte Februar nun noch einmal um zwei Monate hinaus. Es soll erst in der Aprilsession behandelt werden. Begründet wurde die erneute Verschiebung mit der Tatsache, dass die Kasse noch weiter in die Unterdeckung gerutscht sei und weitergehende Sanierungen nötig seien. Jetzt müsse der Umwandlungssatz gesenkt werden – mit ihm wird die Höhe der Renten berechnet. Nötig seien ausserdem höhere Lohnabzüge.

Entscheid der Finanzkommission

Die Finanzkommission des St.Galler Kantonsrates lehnt die versprochene Einlage von 202 Millionen Franken in die Pensionskasse des Staatspersonals ab. Für die Personalverbände und dem VPOD ist diese Haltung ein Affront und eine Missachtung von Treu und Glauben.

Ein Blick zurück zeigt: Als die Pensionskasse des St.Galler Staatspersonals und der Lehrpersonen verselbstständigt wurde, war der Kantonsrat zwar bereits auf Sparkurs und half nur mit einem Teil der benötigten Mittel, die Kasse auszufinanzieren. Immerhin versprach der damalige Finanzchef Martin Gehrler und mit ihm auch die beratende Kommission, man werde der Kasse weitere gut 200 Millionen Franken zur Verfügung stellen, falls der technische Zinssatz gesenkt werden muss.



Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat, will sich nicht mehr an ihr Versprechen halten.

Inzwischen ist diese Situation eingetreten, doch nun will die Finanzkommission nichts mehr von den Versprechen der Amtsvorgänger wissen. Angetrieben von der FDP-Fraktion, die zuerst ein Sanierungsprojekt für die Kasse verlangte, hat die bürgerliche Mehrheit in der Finanzkommission den versprochenen Beitrag nun abgelehnt.

Die Personalverbändekonferenz und der VPOD erachten dieses Vorgehen als Affront und Vertrauensbruch gegenüber dem Staatspersonal. Damit verstossen die Politikerinnen und Politiker gegen Treu und Glauben. Ein solcher Umgang mit den Staatsangestellten zerstört das Vertrauen in die Politik.

Die Personalverbändekonferenz und der VPOD sind nicht gewillt, diese Haltung widerspruchslos hinzunehmen.

Vertrauensarbeitszeit für das Staatspersonal des Kantons St.Gallen

Mit der Einführung der Vertrauensarbeitszeit wird einfach nur ein weiteres Mal zu Lasten des Personals gespart.

Auslöser für die Vorlage waren die Motion 42.16.02 (Einführung der Vertrauensarbeitszeit und Beschränkung des Nachbezugs von Ferien) und die Interpellation 51.16.11 (Lücken in der Personalverordnung) im Kantonsrat. Beide wurden aufgrund eines Einzelfalls (Roman Wüst) eingereicht. Der Einzelfall ist ein Beispiel für das Missverhältnis zwischen Arbeitsmenge und Erwartungshaltung einerseits und Arbeitszeit andererseits.

Der VPOD sah bislang wie die Regierung keinen Vorteil durch die Einführung der Vertrauensarbeitszeit. «Die Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Ferien sind ein in sich stimmiges Gesamtsystem, das vom Personal geschätzt wird und dem Arbeitgeber Kanton die notwendige Flexibilität einräumt», antwortet der Regierung auf die Interpellation 51.16.11. An dieser Einschätzung hat sich für den VPOD nichts geändert.

Aufgrund des Falls Wüst sieht die Regierung zwar Handlungsbedarf beim Personalcontrolling, also bei der Führung. Die Einführung der Vertrauensarbeitszeit löst die bestehenden Führungsprobleme aber nicht. Betroffen von grossen Gleitzeit- und Ferienüberhängen sind Beschäftigte in allen Bereichen und auf allen hierarchischen Stufen. Die Gründe dafür sind betriebsbedingt und systemimmanent. Obwohl der Bund als auch der Kantonsrat der Verwaltung

regelmässig neue gesetzliche Aufgaben erteilen, wurden seit Jahren die dafür nötigen Stellenprozentage nicht mehr gewährt. Dadurch steigen die Erwartungshaltung der Vorgesetzten und der Arbeitsdruck für alle Angestellten. Neubesetzungen bei Personalabgängen werden oft Monate hinausgezögert. Die Einführung der Vertrauensarbeitszeit löst auch dieses Führungsproblem nicht.

Nach Ansicht des VPOD besteht keinerlei Notwendigkeit, die Vertrauensarbeitszeit einzuführen. Das bestehende Arbeitszeits- und das häufig genutzte Bandbreitenmodell bieten bereits heute grosse Flexibilität. Ausserdem dürfen Ferien nach geltender Bundesgerichtsrechtsprechung nicht gestrichen werden.

Die Einführung der Vertrauensarbeitszeit läuft allen Bestrebungen nach mehr Teilzeitbeschäftigten im Kader, und der Vereinbarkeit von Familie sowie Beruf und Gesundheitsmanagement zuwider. Mit der Einführung der Vertrauensarbeitszeit wird einfach nur ein weiteres Mal zu Lasten des Personals gespart.

Jemanden, dessen Aufgabe unter die Vertrauensarbeitszeit fällt, muss wirklich autonom und flexibel über seine Arbeitszeit entscheiden können. Nur ein ganz kleiner Personenkreis in der Verwaltung und in den Gerichten hat diese nötige Autonomie. Es muss klar definiert werden, wie viele Arbeitsstunden pro Woche erwartet werden darf und wo die Grenze ist. Wir glauben nicht, dass die übertriebenen Erwartungen der Vorgesetzten in der vorgeschlagenen wöchentlichen Arbeitszeit von 44 h erfüllt werden können. Ausserdem muss

definiert werden, wieviel Flexibilität den Arbeitnehmenden zugestanden wird. Die Vertrauensarbeitszeit ist nicht mit Teilzeitarbeit vereinbar; es wäre systemwidrig und ausbeuterisch. Die Führungsverantwortung und Fürsorgepflicht müssen von der Regierung und den Führungspersonen zwingend wahrgenommen werden, ganz besonders bei der Vertrauensarbeitszeit. Dies erfordert eine klare Prioritätensetzung.

Eine einfache Art der Arbeitszeiterfassung muss beibehalten werden. Sie ist Grundvoraussetzung für Selbst- und Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden und für das Personalcontrolling.

Der vorgeschlagene Ausgleich von zehn Kompensationstagen ist ungenügend und führt zu einer Schlechterstellung der Mitarbeitenden mit Vertrauensarbeitszeit gegenüber den übrigen Mitarbeitenden. Ab dem Alter 50 wird überdies der Ferienanspruch (ohne Kompensationstage) grundlos um fünf (ab Alter 50) bzw. sieben Tage (ab Alter 60) gekürzt. Überzeiten werden nicht mehr ausgeglichen und der Gleitzeitsaldo fällt weg. Das führt zwingend dazu, dass Mitarbeitende mit Vertrauensarbeitszeit je geleistete Arbeitsstunde weniger verdienen werden.

Für die Mitarbeitenden mit Vertrauensarbeitszeit braucht es deshalb einen echten Mehrwert (höhere Löhne, höhere Beiträge an beruflich Vorsorge, altersabhängig mehr Ferien). Es darf nicht sein, dass Vorgesetzte plötzlich schlechter gestellt werden als ihre Stellvertreter und Untergebenen. Ausserdem braucht es angemessen lange Übergangsbestimmungen für Gleitzeitsaldo, Überzeit und Ferienansprüche.

Spital Heiden – Endlich Sicherheit schaffen!

Die Auslagerung der Chirurgie aus dem Spital Heiden verunsichert weiterhin das Personal.

Seit im August 2016 bekannt wurde, dass die Chirurgie aus dem Spital Heiden in die Klinik am Rosenberg ausgelagert wird, herrscht immer noch eine grosse Verunsicherung beim Personal. Aber bisher wurden viele offene Fragen nur unzureichend beantwortet, geäusserte Zweifel konnten nicht ausgeräumt werden. Die diversen Personalinformationen, die endlich Klarheit und Sicherheit bringen sollten, haben ihr Ziel nicht erreicht. Als sich dann über die Festtage die Ausgangssituation mit der Kündigung der Beleg-Ärzte und der Chefärztin der Frauenklinik nochmals verändert hatte, hatte sich die Situation weiter verschärft.

Die Beleg-Ärzte und die Chefärztin der Frauenklinik wollten den Vorschlag der Projektgruppe nicht mittragen. Auch die Hebammen äusserten Zweifel an den Lösungsvorschlägen. Sie konnten nicht überzeugt werden, dass der Einsatz des Operationsteams bei einem Notfall wie vorgeschlagen funktioniert.

Die Frauenklinik war bisher das Aushängeschild des Spitals Heiden mit einer Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen hinaus. Zitat der Verwaltungsratspräsidentin Christiane Roth: «...die Praline des Spital Heiden».

Die verantwortlichen Kreise - Verwaltungs- und Regierungsrat - stehen in der Pflicht und müssen alles daran zu setzen, dass die Umstrukturierung im Spital Heiden nicht in einem Fiasko endet. Das

Personal steht nach wie vor loyal zu seinem Arbeitgeber, fraglich ist, wie lange noch. Das Vertrauen muss unbedingt zurückgewonnen werden. Das Spital Heiden kann nur mit gut motiviertem Personal funktionieren.

Für die Frauenklinik muss dringend eine tragbare Lösung gefunden werden, damit das Fachpersonal nicht seine Stellen verliert. Obwohl der CEO ad Interim, André Steiner, dem Hebammenteam eine Lösung bis Ende Februar 2017 versprochen hatten, wartet dieses immer noch auf eine Antwort. Auch die Personalinformation am 13. März mit der neuen CEO, Paola Giuliani, brachte diesbezüglich keine Klärung. Der Verwaltungsrat möchte die Frauenklinik erhalten, aber niemand weiss wie.

Mit jedem Tag wächst die Verunsicherung. Der Ruf des Spitals Heiden leidet und man kommt nicht umhin, den Verdacht zu äussern, dass gewisse Leute es sogar begrüßen würden, wenn das Spital Heiden geschlossen würde. Das darf nicht sein! Das präsentierte Jahresergebnis, welches für das Spital Heiden einen Verlust von 6.77 Mio. Franken ausweist, trägt nicht unbedingt dazu bei. Ob die geplante Revision des Spitalgesetzes, welche dem Verwaltungsrat mehr unternehmerische Freiheit gewähren will, indem die Spitalstandorte nicht mehr vorgeschrieben werden sollen, dazu bei-



tragen wird, muss ebenfalls in Frage gestellt werden. Die Befürchtung ist gross, dass mit dieser Revision dem Spital Heiden der Todesstoss versetzt wird.

Der VPOD setzt sich für eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung ein. Wir wollen keine Privatisierung auf Raten, was sich vielleicht gewisse Kreise in Ausserrhoden wünschen und erhoffen. Der VPOD fordert, dass das Angebot des öffentlichen Spitals Heiden soweit wie möglich aufrechterhalten wird und das Personal seine Arbeitsplätze behalten kann.

Der VPOD unterstützt die Petition für den Erhalt des Spital Heiden. Petitionsbögen können von folgender Internetseite heruntergeladen werden. <https://zukunftspitalheiden.ch.wordpress.com/>

Altersvorsorge 2020:

Der National- und Ständerat haben am 17. März 2017 den Vorschlag der Einigungskonferenz zur Altersvorsorge 2020 gutgeheissen. Sofern das Referendum nicht ergriffen wird, am 24. September einzig über die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgestimmen. Kommt jedoch das angekündigte Referendum zustande, kommt die gesamte Vorlage vor das Stimmvolk.

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat sich am 18. März knapp mit 22:19 Stimmen für die Altersvorsorge 2020 ausgesprochen. Mit der Reform müssen die Frauen eine grosse Kröte schlucken und zwar die Erhöhung des Frauenrentenalters. Doch bringt die Reform auch wichtige Fortschritte:

- Höhere AHV-Renten um 840 Fr./Jahr für Alleinstehende und bis zu 2712 Fr./Jahr für Ehepaare hilft bei tiefen und mittleren Einkommen.
- Bessere Abdeckung der Teilzeitarbeit in der obligatorischen beruflichen Vorsorge. Damit wird die Ungleichbehandlung von Frauen in der zweiten Säule reduziert.
- Besitzstandsgarantie für die über 45-jährigen in der obligatorischen beruflichen Vorsorge. Sie erleiden gegenüber heute keine Leistungseinbusse.
- Wer ab 58-jährig arbeitslos wird, behält anders als heute einen Rentenanspruch, auch wenn keine Beiträge mehr einbezahlt werden.
- Die Modernisierung des Altersrücktritts. Bessere Möglichkeiten für Teilpensionierungen.
- Die finanzielle Sicherung der AHV bis 2030 dank zusätzlich 0,6 Pro-

zent Mehrwertsteuer. Die Mehrbelastung beträgt damit nur 0,3 Prozent, da diese bereits erhoben werden. Die Delegierten des SGB werden am 24. März darüber entscheiden, ob diese Fortschritte die Erhöhung des Frauenrentenalters aufwiegen. Neben dem VPOD hat auch die UNIA an ihrer Delegiertenversammlung vom 18. März der Vorlage knapp zugestimmt.

Veranstaltungshinweis:

An der Delegiertenversammlung der Region vom Mittwoch 26. April, 20 Uhr, wird Claudia Friedl, Nationalrätin und VPOD Mitglied über die Altersvorsorge 2020 referieren. Interessierte Mitglieder sind herzlich zum öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung eingeladen

Teilrevision des Pensionskassengesetzes AR:

Der Auslöser für die Teilrevision liegt in den tiefen Zinsen für Aktien und Obligationen. Gemäss der Verwaltungskommission ist deshalb eine weitere Senkung des Umwandlungssatzes UWS auf von 6.0 auf 5.4 Prozent notwendig. Der Umwandlungssatz von 6 Prozent sei nicht mehr nachhaltig und finanzierbar. Damit die Folgen der UWS Senkung abgefedert werden können, sind eine Erhöhung der Sparbeiträge sowie individuelle Einlagen vorgesehen.

Das Massnahmenpaket ab 1. Januar 2018 enthält folgende vier Elemente:

1. Schrittweise Reduktion des UWS im ordentlichen Rücktrittsalter 65 von 6.0% (2020) auf 5.4% bis 2023.

2. Erhöhung der Sparbeiträge, bis Alter 42: 1.5% und ab Alter 43: 2.5% des versicherten Jahreslohns

3. Individuelle Einlagen der Arbeitgeber zur Abfederung der mit der UWS-Reduktion verbundenen Altersrenteneinbussen bei Neurentnern.

4. Zusätzliche individuelle Einlagen zu Lasten der Pensionskasse AR zur Abfederung der mit der UWS-Reduktion verbundenen Altersrenteneinbussen bei Neurentnern.

Das Gesamtpaket sieht insgesamt Einlagen von voraussichtlich CHF 15 bis 16 Mio. vor. Davon leisten die Arbeitgeber ca. 37.5 Prozent, also maximal CHF 6 Mio., womit die individuellen Renteneinbussen auf 5 Prozent begrenzt werden. Mit den zusätzlichen knapp CHF 10 Mio., 62.5 Prozent durch die Pensionskasse AR betragen die maximalen Renteneinbussen 3 Prozent.

Stellungnahme des VPOD zur Teilrevision der Pensionskasse

Die Vorlage belastet die Versicherten unverhältnismässig. Sie müssen, sofern der Kantonsrat der Vorlage

zustimmt, eine Rentenkürzung von bis zu drei Prozent hinnehmen. Lehnt der Kantonsrat den Antrag der Regierung ab, werden es gar bis zu fast 10% Prozent sein.

Die Versicherten der Pensionskasse AR haben im Vergleich zu den umliegenden Kassen der öffentlichen Hand nicht besonders gute Leistungen und Rahmenbedingungen, allem voran die Arbeitgeberbeiträge. Bereits 2006 und 2012 hat der VPOD die paritätischen Beiträge kritisiert und eine Anpassung gefordert.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen werden die bereits bescheidenen Renten noch bescheidener, besonders betroffen sind diejenigen Angestellten mit niedrigen Löhnen, oft teilzeitarbeitende Frauen.

Der VPOD fordert eine vollumfängliche Ausfinanzierung der Rentenverluste der Versicherten. Besonders betroffen wären vor allem langjährige Angestellte, welche bald ins Rentenalter kommen.

1. Mai Feiern

ZUKUNFT FÜR ALLE SOZIALER GERECHTER KANTONALE 1.-MAI-FEIER 2017 KULTURFORUM AMRISWIL



Ab 10 Uhr
Eintreffen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

10.35 Uhr
Bigband der Jugendmusikschule Amriswil

Nina Schläfli, Präsidentin der SP-Thurgau
Markus Mendelin, Schulpräsident, Amriswil
Stefan Brülisauer, Sektionsleiter Thurgau der unia
Etrit Hasler, Slam poet, Journalist, SP-Kantonrat, St. Gallen

Festwirtschaft mit
Chick-n-pick von Sandra und Richard Reinhart
und Merk's Röstischmaus
Kuchenbuffet

Und natürlich gibt's an der 1.Mai-Feier auch viele
Einzelgespräche, Neubegegnungen und ein Wiedersehen
mit Gleichgesinnten.

Mit dem ÖV an die
1. Mai-Feier:
Arbon ab 09.47 Uhr
Diessenhofen ab 09.00
Bischofzell ab 09.28
Kreuzlingen ab 09.30
Frauenfeld ab 09.46
Wil ab 09.12.
Ab Bahnhof Amriswil
in 3 Minuten zu Fuss im
Kulturforum,
Bahnhofstrasse 22.



Thurgauer Gewerkschaftsbund
Sozialdemokratische Partei Thurgau

ST. GALLEN

Montag, 1. Mai

17:00 **Besammlung Demo** mit La Banda di San Gallo, St.Leonhardspark

Ab 17:00 **Kundgebung**, Marktplatz

Ansprachen: **Corrado Pardini**, Unia Geschäftsleitung, Nationalrat SP, Biel

Bettina Surber, Kantonsrätin SP, St.Gallen

Riccard Nef, Unia Jugend, St.Gallen

Dem kurd -kurdisches Kultur Verein **Frau Suna**

Moderation: **Barbara Gysi**, Präsidentin Kantonaler Gewerkschaftsbund St.Gallen,

Nationalrätin SP, Wil

anschliessend in der Marktgasse: kulinarische Höhenflüge, Arbeiterlieder

Dienstag, 2. Mai

Palace, 20:15 **Freihandel: Welche Antwort der Linken?**

ReferentInnen: **Willi Eberte**, Antikapitalistische Linke (AKL), Zürich

Ursula Graf, Vizepräsidentin SP Kanton SG

Werner Rüdisühli, Metallbauer

Moderation: **Maria Huber**, Regionalsekretärin VPOD Ostschweiz

WIL

Montag, 1. Mai

Restaurant im Hof zu Wil

18:30 Ansprachen: **Min Li Marti**, Nationalrätin, Zürich

Andrea Scheck, JUSO, St. Gallen

anschliessend Rahmenprogramm: **Bettina Scheiflinger**, Autorin, Wil

SchärerBommer, musikalische Unterhaltung

Veranstalter: **SP Wil** und **SP Toggenburg**

RAPPERSWIL

Montag, 1. Mai

Fischmarktplatz

11:00 - 17:00 **Festwirtschaft**

15:00 Ansprache: **Claudia Friedl**, Nationalrätin SP, St.Gallen

RORSCHACH

Montag, 1. Mai

Café Bar Treppenhaus, Kirchgasse 3, Rorschach

19:00 Apéro

19:30 Ansprache: **Viviane Schindler**, Präsidentin JUSO Kanton St. Gallen

20:15 Nachtessen

GRABS

Montag, 1. Mai

Stand an der Staatsstrasse in Grabs

16:30 - ca. 18:30 Apéro und Gespräche mit Passantinnen und Passanten

VPOD Aktivitäten

Standaktion gegen USR III

Bei klirrender Kälte hat der VPOD am 26. Januar 2017 in St.Gallen erfolgreich für ein Nein gegen USR III geworben!



Verkehrsbetriebskirennen in Wildhaus, Toggenburg

Am 19./20. Januar fand in Wildhaus (Toggenburg) das Schweizerische Verkehrsbetriebe Ski-rennen statt.

Bei herrlichem

Wetter und besten Pistenbedingungen stürzten sich die Busfahr-erinnen und Busfahrer den Hang hinunter. Organisiert wurde das Rennen von der VBSG (Verkehrsbetriebe St.Gallen). Mit dabei war eine grosse Delegation von VPOD-Mitgliedern unter anderem der Präsident der VPOD-Gruppe, Andi Hinnen, der als OK Mitglied viel zum Gelingen dieses Anlasses beigetragen hat. Der VPOD hat den Anlass unterstützt. Die Regio-nalsekretärin Maria Huber hat das Rennen besucht und konnte sich von der ausgezeichneten Arbeit der VPOD-Mitglieder überzeugen.



Womens March

18. 3. 2017 in Zürich

Trotz Schlechtwetterprognose und zeitweise strömendem Regen demonstrierten 15000 Frauen und solidarische Männer am Samstag in Zürich für Gleichstellung und Frauenrechte. Mit dabei waren auch Frauen aus der Ostschweiz.



Die Frauen forderten gleiche Löhne, bessere Renten, bezahlbare und gute Betreuungsplätze für Kinder und Pflegebedürftige sowie eine faire Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, damit es mit der Gleichstellung von Frauen und Männern endlich vorangeht. Die Her-aufsetzung des Frauenrentenalters ist für viele Frauen ein empörender Schritt in die falsche Richtung, da sie die jahrzehntelange Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt bagatellisiert. Zugleich wird die überfällige Einführung von verbindlichen Lohnkontrollen von Arbeitgeberseite bekämpft. Gleichstellung ist für die politische Rechte ein Abbauprogramm. Dagegen setzen sich die Gewerkschaftsfrauen zur Wehr!

März 2017
erscheint 4x jährlich
Redaktion:
Maria Huber

An dieser Ausgaben haben
mitgearbeitet:
Maria Huber
Monika Simmler

Gestaltung: www.allerart.ch
Druck: Typotron St.Gallen

vpod Sekretariat
Zwinglistrasse 3
9001 St.Gallen
Tel: 071 223 80 43
www.vpod-ostschweiz.ch

AZB 9000 St.Gallen

Retouren: vpod-Sekretariat, Zwinglistrasse 3, 9001 St.Gallen

Sozialbereich

Reaktivierung der Gruppe Soziales St.Gallen

Der Vorstand der Region hat 2016 in seinen Jahreszielen beschlossen die Gruppe Soziales zu reaktivieren. Fabiola Huber, ehemaliges Vorstandsmitglied der Region und Mitglied der Gruppe Soziales, hat sich bereit erklärt, den Aufbau zu begleiten. Die Gruppe will sich den aktuellen Themen im Sozialbereich annehmen und eine Veranstaltung dazu bereits 2017 organisieren. Die Verantwortung für das Projekt liegt bei der Regionalsekretärin, Maria Huber. Die Projektgruppe, bestehend aus Roman Schwarz, Philipp Bättig, Carsten Jäger und Maria Huber, hat sich bereits zweimal getroffen. Die Projektgruppe ist aber offen für weitere Interessierte Mitglieder. Wer gerne mitarbeiten möchte, melde sich bei Maria Huber, maria.huber@vpod-ostschweiz.ch oder Telefon 071 223 80 43. Die nächsten Sitzungstermine der Projektgruppe: 19. April, 7. Juni, 5. Juli, jeweils um 18.15 im VPOD Sekretariat.

Ein Gesamtarbeitsvertrag GAV für die Stiftung Heimstätten Wil

Die Verhandlungen für den GAV der Stiftung Heimstätten Wil sind gestartet. Die Mitarbeitenden der Stiftung Heimstätten Wil haben im Dezember 2016 grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen für einen Gesamtarbeitsvertrag gegeben. Die erste Verhandlungsrunde hat am 2. März stattgefunden. Am Verhandlungstisch sitzen von den Arbeitgebern Paul Schmid, Vorsitzender der Geschäftsleitung, CEO, Susann Kälin Oechsli, Bereichsleiterin Wohnen und Tagesstruktur für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung, von den Arbeitnehmenden Maria Huber, Regionalsekretärin VPOD Ostschweiz, Stefan Giger, Generalsekretär VPOD und als Beobachterin Lisa Keller, Präsidentin der Personalkommission. Die Verhandlungsrunde hat sich zum Ziel gesetzt, die Verhandlungen bis Ende Oktober 2017 abzuschliessen und den GAV Ende 2017 zu ratifizieren.

März

20. März: HV Gruppe VBSG

April

26. April: Delegiertenversammlung Region, ab 20 Uhr öffentliches Referat über die Altersvorsorge 2020 mit Claudia Friedl, Nationalrätin SP und VPOD Mitglied.

Mai

3. Mai: HV der Gruppe Verwaltung SG
10. Mai: Klausurtagung Vorstand Region
15. Mai: HV der Gruppe Bildung

Juni

13. Juni: Gruppe Gesundheit
14. Juni: Vorstand Region
21. Juni: Gruppenversammlung Gruppe VBSG

Voranzeige

Weiterbildungsangebot der Region Ostschweiz
„Gesunder Rücken – deine Stütze für den Beruf und Alltag“
Di. 15. August, 18 Uhr im VPOD Sekretariat mit Carsten Jäger, VPOD Mitglied
Zweiter Termin im November, wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Termine